
Rezensionen / Book Reviews

**Marita Schölzel-Klamp / Thomas Köhler-Saretzki,
Das blinde Auge des Staates. Die Heimkampagne von 1969
und die Forderungen der ehemaligen Heimkinder,
Klinkhardt Verlag: Bad Heilbrunn 2010. 159 Seiten. € 15,90**

„Der alltägliche Skandal der Heimerziehung“, so lautete der Titel einer Großveranstaltung auf dem Jugendhilfetag 1978, an der circa 8.000 Menschen teilnahmen. Der Titel und die Resonanz dieser Veranstaltung deuten darauf hin, dass die Zustände in den Jugendheimen neun Jahre nach der sogenannten Heimkampagne von 1969 immer noch kritikwürdig und verbesserungswürdig waren.

Die AutorInnen umreißen im ersten Drittel ihres Buches die in den 1950er und 1960er Jahren gängigen Konzepte der Heimerziehung. In dem Feld, das dann viel später „Kinder- und Jugendhilfe“ genannt werden sollte, herrschte zu jener Zeit ein Modell vor, das die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen nach dem Prinzip der Verwahrung vorsah. Die überwiegende Mehrzahl der Angestellten in den geschlossenen Heimen verfügte über keinerlei pädagogische Ausbildung. Die gesetzlichen Grundlagen und auch die Wohlfahrtsbürokratie waren von einem (post-)nazistischen Geist geprägt. Heime waren dabei nicht etwa ein randständiges Phänomen. Die AutorInnen schätzen, dass in den 1950er und 1960er Jahren 700.000 bis 800.000 Betroffene einen längeren Zeitraum in Heimen verbrachten (S. 133).

Im zweiten Drittel des vorliegenden Bandes wird die Heimkampagne als solche vorgestellt. Ab 1969 thematisierten, beginnend in Frankfurt am Main, Angehörige der studentischen Sozialrevolte die Zustände in Kinder- und Jugendheimen. Sie protestierten vor Ort und nahmen entflozene Zöglinge auf. Die AutorInnen nennen die auch schon andernorts beschriebene und von Frankfurt ausgehende

Staffelbergkampagne. Sie gehen auch auf die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) sowie auf die Situation in Berlin, wo unter anderem der Film „bambule“ von Ulrike Meinhof entstand, ein (S. 89).

In einem kurzen Text wird die 1971 begonnene Reform des Landesjugendheimes im rheinländischen Viersen als Modellprojekt vorgestellt, ein Beispiel, das deutlich macht, was möglich war, und auf welche Widerstände solche Vorhaben stießen (S. 101 f.). Im Folgenden springen die AutorInnen etwas unvermittelt in die Gegenwart und stellen die aktuelle Situation in der Kinder- und Jugendhilfe dar, die vor allem vom 1991 verabschiedeten Kinder- und Jugendhilfegesetz strukturiert wird. Hier wird eine Förderpraxis festgeschrieben, die den Verwahrvollzug ablöst.

Ebenfalls auf die Gegenwart bezogen, stellen die AutorInnen dann die heutigen Reaktionen der Kirchen und anderer Träger von Jugendeinrichtungen auf die in den letzten Jahren erhobenen Forderungen ehemaliger Heimkinder, etwa nach Entschädigungen, dar. Diese Forderungen wurden zuerst vor allem von den Betroffenen selbst erhoben, die sich in einem „von unten“ selbstorganisierten Prozess zusammenschlossen und unter anderem in einigen Romanen und Autobiographien ihre schmerzvolle und traumatisierende Geschichte erzählten (vgl. die umfangreiche Liste mit solchen Titeln auf Seite 131, Fußnote 231).

Abschließend urteilen die AutorInnen: Die Initiatoren der Heimkampagne hatten Recht und die Kampagne war Auslöser längst fälliger Reformen, die viel zu den am Ende des Buches skizzierten Diskursen beigetragen haben. Der normativ-politische Horizont der AutorInnen ist dabei das Grundgesetz, das sie immer wieder als Rahmen und Maßstab anführen. Aus meiner Sicht kann man über die zentrale These der AutorInnen, dass individuelle Moral in Institutionen aufgehoben sein muss, um Wirkung zu zeigen beziehungsweise zeigen zu können, durchaus geteilter Meinung sein. Hier wäre aus einer kritischen Perspektive zu fragen: Waren die unzweifelhaft durchgeführten Reformen Bestandteil einer Liberalisierung und Demokratisierung oder zeigt die bis weit in die 1970er

Jahre hinein existierende autoritäre Situation in den Einrichtungen nicht auch die Schwächen der Liberalisierungs- und Demokratisierungsthese? Insofern wäre zu konstatieren, dass das im Titel des Buches genannte Auge des Staates eben nicht blind war und die kritikwürdigen Zustände zumindest tolerierte, wenn nicht ignorierte oder gar konservieren wollte.

So bleibt abschließend etwas unklar, was die Autoren mit ihrem Buch beabsichtigen. Das Buch ist nicht rein historiographisch und es gibt, wie angeführt, Brüche zwischen den einzelnen Kapiteln. Dennoch liefern die einzelnen Kapitel für sich durchaus sehr brauchbare Informationen über ein verdrängtes Kapitel der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte. Das Buch ist in einem renommierten pädagogischen Fachverlag erschienen, was ihm eine gewisse Resonanz sichern dürfte.

Bernd Hüttner

Fritz Keller, Gelebter Internationalismus. Österreichs Linke und der algerische Widerstand (1958–1963), Promedia: Wien 2010. 315 Seiten. € 19,80

Im spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) traten der bürgerlich geprägte Falangismus und die katholische Kirche gegen eine durch den Anarchosyndikalismus sowie die kommunistischen und sozialistischen Parteien und Gewerkschaften repräsentierte Arbeiterklasse an. Der Krieg löste eine internationale Solidaritätsbewegung aus. Diese verschaffte sich unter anderem in den Internationalen Brigaden Ausdruck, an denen sich zehntausende Männer und Frauen aus vielen Ländern beteiligten. Zahlreiche Überlebende dieser Kämpfe wurden später im Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den besetzten Ländern Europas erneut aktiv.

Nach 1945 änderte sich der Charakter der Kriege. Auf dem Höhepunkt der Dekolonisation bildeten sich nationale Befreiungsbewegungen und die dazu gehörenden Massenbewegungen. In eini-

gen Ländern, beispielsweise China und Vietnam, errangen kommunistische Parteien eine zentrale Position im Befreiungskampf. In anderen Ländern, wie in dem von Fritz Keller untersuchten Algerien, waren es andere und weniger klar definierte Kräfte, die die größte Bedeutung errangen. Eine der Ursachen dieser Entwicklung war die zweideutige Stellung der Kommunistischen Partei Frankreichs (*Parti communiste français*, PCF), die dem algerischen Befreiungskampf gegen die französische Kolonialmacht ihre Unterstützung versagte. Andere kommunistische Parteien in Europa waren nur bedingt solidarisch. Diese Haltung hatte mehrere Ursachen. So kann festgehalten werden, dass bei dem Kampf in Algerien, anders als im Falle des Spanischen Bürgerkrieges, die Dimension des Klassenkampfes angesichts der breiten sozialen Schichtung der anticolonialen Koalition eine nur untergeordnete Rolle spielte.

In Algerien existierten ursprünglich zwei Widerstandsbewegungen. Die Nationale Befreiungsfront (*Front de libération nationale*, FLN) wurde erst nach internen Konflikten die dominierende Gruppierung. Sie gab sich nach außen hin ein gewisses sozialistisches Profil. Dies trug dazu bei, dass sie nicht nur in Österreich durch recht unterschiedliche linke Gruppen unterstützt wurde: Sozialdemokraten, Kommunisten, Trotzlisten, Angehörige der Neuen Linken und andere, die ein oppositionelles Profil gegenüber den dominierenden Richtungen der Arbeiterbewegung vertraten. Die Zusammensetzung war in den verschiedenen europäischen Ländern unterschiedlich. In Österreich waren es vor allem Funktionäre und Aktivisten aus den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Jugendverbänden, die sich für die Schwächung der militärischen Positionen des französischen Staates in Algerien und vor allem für die Schwächung der Fremdenlegion einsetzten, die im Kampf gegen die FLN eine bedeutende Rolle spielte. Die nicht sehr breite Solidaritätsbewegung fand eine recht bescheidene Unterstützung innerhalb der sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse, erlangte allerdings vermittels ihres Einflusses in der Sozialistischen Internationale (SI), vor allem aber in der Sozialistischen Jugendinternationale (SJI), eine weiter-

reichende Bedeutung. Die französische Sozialdemokratie, die 1956 an die Regierung gelangte, war, nachdem sie bereits den Krieg in Vietnam von 1945 bis 1954 unterstützt hatte, Anhängerin des Krieges gegen die algerische Befreiungsbewegung. Damit brachte sie die SI und die SJI, die sich in der Tradition der antikolonialen Kämpfe verorteten, in eine schwierige Situation. Im Gegensatz zur SI formulierte die SJI klare und deutliche Positionen gegen die brutale Unterdrückung in Algerien. Viele europäische sozialistische und sozialdemokratische Jugendorganisationen nahmen aktiv an der Unterstützungsarbeit für die FLN teil.

Kellers Arbeit basiert auf umfangreichen Recherchen. Das durchgesehene Material umfasst sowohl die breite wissenschaftliche und „graue“ Literatur als auch die gesamte sozialdemokratische und linksorientierte österreichische Presse, zudem werden umfassende Archivmaterialien, Filme und Internetquellen herangezogen (S. 272–300). Außerdem hat der Autor Interviews mit vielen Frauen und Männern aus den damaligen österreichischen Gruppen geführt. Er ist sich dabei der Fallstricke bewusst, die die Nutzung von Zeitzeugeninterviews als historische Quelle mit sich bringen kann. Seine differenzierte Abhandlung ist insofern auch über den engeren österreichischen Rahmen hinaus relevant.

Keller zeigt, wie bedeutend die Unterstützung der FLN durch etliche Komitees aus verschiedenen Ländern war. Er weist unter anderem darauf hin, dass die Algerien-Komitees in der BRD mehrere tausend Deserteure aus der Fremdenlegion zurück nach Deutschland holen konnten (S. 55). Auch in Österreich konnte das Komitee dazu beitragen, den Deserteuren bei ihrer Flucht zu helfen. Außerdem trug die Solidaritätsgruppe dazu bei, dass ungarische Flüchtlinge, die nach dem Aufstand 1956 das Land als Oppositionelle verlassen hatten und anschließend durch die Fremdenlegion angeworben wurden, nach Ungarn zurückkehren konnten, ohne dort verfolgt zu werden (S. 50 ff., 56). Keller analysiert diese Aktionen, ohne sich in Details zu verlieren.

Keller vergleicht systematisch die Strukturen in den bundesdeutschen Komitees mit den österreichischen Erfahrungen. Er konstatiert, dass es in der Bundesrepublik gelang, die Solidaritätsarbeit so stark zu entwickeln, dass es sich um eine regelrechte Bewegung mit tausenden Teilnehmenden handelte. Eine bedeutende Entwicklung war außerdem, dass die sozialdemokratische Studentenorganisation, der SDS, im Bereich der Algerien-Solidarität sehr aktiv wurde und eine eigenständige Haltung entwickelte, die von der der Mutterpartei abwich (S. 227 f., 245). Im Jahre 1961 schloss die SPD ihre Studentenorganisation aus; danach erlangte der SDS bekanntlich eine außerordentliche Bedeutung im Rahmen der Entwicklung der außerparlamentarischen Opposition der 1960er Jahre. Die Erfahrungen aus der Algerien-Solidarität spielten insofern eine wichtige Rolle in der neuen linken und sozialistischen Opposition und gehörten in der Bundesrepublik zur Vorgeschichte der Jugendrevolte von 1968.

In Österreich blieb die FLN-Solidaritätsgruppe ein verhältnismäßig überschaubarer Kreis (S. 261). Sie erreichte einiges, aber sie war viel weniger als in der Bundesrepublik imstande, ihre Erfahrungen der nächsten Generation zu vermitteln. Keller sieht hierin einen der Gründe dafür, dass „1968“ in Österreich ein im Vergleich wenig bedeutendes Datum wurde. Nun ist es zweifellos richtig, dass die Erfahrungen von 1958 zehn Jahre später in Österreich wenig präsent waren. Aber die Gründe können nicht allein in der Geschichte der Algerien-Solidarität gesehen werden. Denn Österreich war bis 1968 ein sehr konservatives Land, in dem die katholische Kirche großen Einfluss ausübte. An den Universitäten dominierten die nationalen und katholischen Verbindungen die Studentenschaft. Gemessen an diesen Rahmenbedingungen hatte das österreichische „1968“ durchaus eine gewisse Bedeutung, unter anderem, indem es zur Modernisierung des Landes im nachfolgenden Jahrzehnt beitrug.

Schließlich vergleicht der Autor die Entwicklung in Österreich mit der in anderen westeuropäischen Ländern wie zum Beispiel Dä-

nemark, wo die Voraussetzungen ähnlich waren. Allerdings wurde die Inspiration für „1968“ dort eher durch andere Ereignisse als den Algerienkrieg vermittelt, etwa durch die Ostermärsche gegen die Atombewaffnung. Als wichtiges Resultat des international vergleichenden Ansatzes von Kellers Arbeit ist festzuhalten, dass sich die internationale Solidaritätsarbeit in den 1930er Jahren als Teil der traditionellen Arbeiterbewegung formierte, während sie in den 1950er Jahren eine breitere soziale Grundlage bekam: ein Trend, der auf die soziale Zusammensetzung der neuen sozialen Bewegungen verweist, die in vielen westeuropäischen Ländern am Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre entstanden.

Kellers Buch könnte in der Tat Ausgangspunkt einer internationalen Untersuchung der Solidaritätsarbeit mit der FLN sein, insbesondere wenn man sich von seinem Versuch, die Rolle der Jugendorganisationen in diesen Zusammenhang einzuordnen, inspirieren ließe. Es ist an dieser Stelle interessant zu bemerken, dass Kellers Text ein Anfang und ein Puzzleteil eines größeren Projektes über den europäischen Widerstand gegen den Algerienkrieg ist, das derzeit am Internationalen Institut für Sozialgeschichte im Amsterdam entwickelt wird.

Gerd Callesen

Ben Lewis, Das komische Manifest. Kommunismus und Satire von 1917 bis 1989, München: Blessing 2010. 464 Seiten. € 22,95

Der britische Filmemacher Ben Lewis hat sich in seinem Buch nicht weniger vorgenommen, als eine Humorgeschichte des Kommunismus von der Oktoberrevolution bis zum Niedergang 1989 zu schreiben. Angesichts der zahlreich bislang publizierten Witzsammlungen, die für heutige Leser meist weder komisch sind noch eine besondere analytische Tiefe bieten, stimmt ein solcher Anspruch zunächst skeptisch.

Lewis bietet eine distanzierte, aber zugleich von aufgeschlossener Neugierde geprägte Betrachtung der Witzkulturen in den ehemaligen Ostblockstaaten. Auf seinen Reisen durch diese Länder ist er zahlreichen Menschen begegnet. Er hat Spitzenfunktionäre und Bürokraten ebenso befragt wie Oppositionelle und Regimekritiker, einfache Witzerzähler genauso wie die professionellen Kabarettisten und Komikproduzenten.

Manch lieb gewonnenes und gern reproduziertes Klischee stellt er dabei infrage. Wie gefährlich waren die Witze für ihre Erzähler wirklich? Welche Wirkung hatten die Witze auf das politische System? Gegen was genau richteten sich die Inhalte der jeweiligen Witze, gegen die Ideologie oder die Unzulänglichkeiten des Alltags?

Wohltuend ist die Ironie, mit der Lewis stellenweise sein eigenes Tun reflektiert. Inwiefern kann er als bürgerlicher Vertreter des kapitalistischen Westens ein angemessenes Bild zeichnen, wenn er der Sache näher kommen will als die vom Kalten Krieg getriebenen Antikommunisten? Der Autor vermittelt seine Überlegungen, indem er immer wieder Diskussionen mit seiner Freundin einblendet. In der DDR aufgewachsen, gehörte sie zu denjenigen, die die DDR zwar verändern, aber nicht abschaffen wollten. Für die manische Fixierung ihres Freundes auf die Jagd nach Witzen kann sie nur wenig Verständnis aufbringen (nur am Rande sei erwähnt, dass man sie am Ende des Buches stellenweise durchaus verstehen kann).

Eine Stärke des Buches liegt in der breiten Perspektive und der Begegnung mit ganz unterschiedlichen Gesprächspartnern. Lewis schreckt dabei auch vor einer kritischen Betrachtung der einst gefeierten Humorhelden des *Eulenspiegels* nicht zurück. An anderer Stelle schießt er aber übers Ziel hinaus, etwa wenn er sich über die Humorlosigkeit Lech Walesas mokiert. Der Autor kann nicht nachvollziehen, warum der ehemalige Oppositionsführer sich weigert, mit einem geschwätzigen Journalisten über Witze zu plaudern. Das erstaunt ein wenig, denn an anderer Stelle bemerkt Lewis durchaus, dass die zuvor zahlreich kursierenden Witze in den entscheidenden

Phasen des revolutionären Umbruchs – als es sozusagen ernst wurde – verschwanden.

Die Humorreise durch die einstigen Ostblockstaaten führt Lewis unter anderem durch Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Tschechien und Russland. Der DDR widmet er ebenfalls längere Passagen, wobei er auch auf die Witze in der Zeit des Nationalsozialismus Bezug nimmt und den Mythos vom Flüsterwitz, den man angeblich nur hinter vorgehaltener Hand erzählen konnte, relativiert. Auch in den kommunistischen Ländern, so Lewis, waren der Staatsführung in den späteren Jahrzehnten Witzerzähler lieber als Aufständische. Die drakonische Verfolgung beschränkte sich im Wesentlichen auf die Phase des Stalinismus.

Welche Wirkungen die Witze im Alltag hatten, lässt sich schwer nachweisen. Auch die zeitliche Einordnung ist fast unmöglich, denn die meisten Witze beruhen auf älteren Vorlagen. Zwar findet Lewis in Rumänien einen Autor, der ein Witztagebuch führte und die Häufigkeit der gehörten Witze protokollierte, doch letzten Endes muss er auf Grundlage der Interviews und der unterschiedlichen Perspektiven seiner Gesprächspartner eine Einschätzung vornehmen. Anregend sind jene Passagen, in denen er die Interpretationsmöglichkeiten auslotet und in ihrer Komplexität diskutiert. Am Ende fällt er jedoch wieder in den eher langweiligen Dualismus der Frage zurück, ob die Witze nun revolutionär oder systemstabilisierend waren. Es überrascht kaum, dass er diese Frage am Ende nicht klar beantworten kann.

Weiterführender wäre es gewesen, wenn Lewis mehr konkrete Erzähl- und Lachsituationen in den Blick genommen und analysiert hätte – man denke beispielsweise an die Szene in der Kantine des MfS im Film „Das Leben der Anderen“, in der die verschiedenen Beziehungsebenen von Witz und Herrschaft auf den Punkt gebracht werden. Leider scheint Lewis am Ende der Versuchung zu erliegen, möglichst viele der angelesenen Witze noch in seinem Buch unterbringen zu müssen, was die Lektüre stellenweise etwas ermüdend macht. Erfreulich ist jedoch, dass er sich nicht allein auf

den Witz beschränkt, sondern auch andere Formen der komischen Praxis wie die Karikaturen im *Krokodil* und im *Eulenspiegel* sowie die fantasievollen Spaßaktionen der *Orangen Alternative* behandelt.

Die interessante Betrachtung der Humordiskussionen in den kommunistischen Kreisen der Zwanziger- und Dreißigerjahre greift Lewis in den späteren Jahrzehnten leider nicht mehr auf – diskutiert wurde, ob es denn im Kommunismus überhaupt noch Satire geben könne beziehungsweise worin die Aufgabe der Satire zu sehen sei. In diesen Zusammenhang würde auch die Frage gehören, warum die Witze nicht in vergleichbarer Form im kommunistischen China im Umlauf waren.

Trotz mancher Schwächen und Einwände liefert dieses Buch zahlreiche interessante Einsichten und Beobachtungen. Es wirft einen erfrischenden Blick auf die Geschichte des Kommunismus und bietet eine unterhaltsame und zugleich lohnende Lektüre.

Eckart Schörle

René Karpantschov / Martin Lindblom (Hg.), Kampen om ungdomshuset. Studier i et oprør, Frydenlund og Monsun: København 2009. 352 Seiten. DKK 299,00
Christoph Twickel, Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle, Nautilus-Verlag: Hamburg 2010. 128 Seiten. € 9,90

Zwei Bücher, die recht unterschiedliche, aber ähnlich spektakuläre Bewegungen beschreiben: Karpantschov / Lindblom haben einen Sammelband herausgegeben, in dem die Proteste gegen die Räumung und den Abriss des Ungdomshuset in Kopenhagen bilanziert werden. Twickels Essay geht der Frage nach, was sich wohl hinter dem Begriff *gentrification* konkret verbirgt und stellt bei dieser Gelegenheit einige zentrale Konflikte dar, auf deren Grundlage sich in Hamburg zwischen 2009 und heute eine „Recht auf Stadt“-Bewegung entwickelt hat.

Der Sammelband von Karpantschhof / Lindblom beginnt mit einer Chronologie der Geschichte des Ungdomshuset, das im Oktober 1982 als soziales Zentrum und zentraler Bezugspunkt der Kopenhagener HausbesetzerInnen-Bewegung entstand. Hier findet sich auch ein erster Einblick in die Dramaturgie der Proteste vor und nach der Räumung des Hauses am 1. März 2007. Nach einer außerordentlich dynamischen und transnationalen Verbreitung dieser Proteste wurde am 1. April 2008 die Einrichtung eines neuen Zentrums durchgesetzt. Im Mittelpunkt des Buches steht neben dieser Chronologie, die von René Karpantschhof und Flemming Mikkelsen auf der Grundlage einer umfangreichen und systematisch ausgeführten Datensammlung erarbeitet worden ist und im ersten und zweiten Kapitel nachgelesen werden kann, vor allem die Frage nach den Erfahrungen und Ausdrucksformen, die in den Protesten produziert wurden. Zu dieser Frage haben Fotografen der Webseite *modkraft.dk* sehr eindrucksvolle Dokumente beigesteuert.

In der Tat rechtfertigen die Demonstrationen und Barrikadenkämpfe im Winter 2006/2007 (S. 52, 98 etc.), die G 13-Aktion im Oktober 2007 (S. 90), die Konzerte und Kunstaktionen vor und nach der Räumung (S. 120 f.) mehr als eine dokumentarische Perspektive. Die Parolen, Ikonen, Tags, Kleidungsstile, die auf den Fotos festgehalten werden, reflektieren vielmehr auch die soziale und generationelle Zusammensetzung dieser sehr jungen Bewegung, und ebenso die Wut und die Hoffnungen, die in Kopenhagen zwischen 2006 und 2008 zum Ausdruck kamen. Auffallend ist hier unter anderem die Verknüpfung des Protests mit körperlichen Ausdrucksformen, Kleidung und Schmuck und Zeichen wie „BZ“ oder „69“ (der Hausnummer des alten Ungdomshuset). Es sind Symbole, die in sozialen Protesten sehr bedeutend sind, die *alles* umfassen und übersetzten und die einige Monate oder Jahre lang weit über die Grenzen von Nørrebro und Dänemark hinaus verstanden worden sind. Auch deshalb ist die Bildseite des Bandes nicht nur sehr aufwändig und gut gemacht, sondern mehr als nur eine Illustration der Texte.

Karpantschofs und Mikkelsens eindrucksvolle Sammlung und Kompilation von Bewegungs-Ereignissen dokumentiert sodann, wie sich die BZ-Bewegung historisch entwickelt hat (S. 28). Karpantschof kombiniert in seiner Analyse der Ereignisse von 2006 bis 2008 eine qualitative, erzählende Perspektive mit einer Untersuchung der Zusammenhänge zwischen der Berichterstattung der Medien und den Protestereignissen (S. 46). Er wendet sich dann der Frage nach den Aktionsformen zu, wobei sich herausstellt, dass die Barrikadenkämpfe immer nur einen Bruchteil des Spektrums ausmachten (S. 50). Der Autor unterscheidet zwischen der „expansiven“ Dynamik der Bewegung der Märztage 2007 und den lange geplanten und gut organisierten längerfristigen Kampagnen. Als entscheidend erweist sich, dass es den Protestierenden gelungen ist, sich sehr geschickt und flexibel neuen Kontexten anzupassen. Dabei waren militante Kämpfe stets nur *eines* der Mittel zur Durchsetzung eines neuen Hauses.

Dies verweist einerseits auf die Stärken der Bewegung, andererseits aber auch auf die Bilanz, die Lars Poulsen am Ende des Buches zieht. Poulsen spricht zugespitzt von einem „militanten Sozialdemokratismus“, durch den die „Machtstrukturen der dänischen Gesellschaft herausgefordert wurden“: „Es ist wichtig, für Reformen der bestehenden Gesellschaft zu kämpfen, aber militante Methoden können manchmal notwendig sein“ (S. 322, Übersetzung P. B.). Ob Poulsons Einschätzung von den Teilnehmenden der Bewegung geteilt wird, ist auch auf Grundlage der Texte des Buches schwer zu sagen. Problematisch ist, dass die Proteste hier *ex post* konzeptionalisiert werden, was die Aufmerksamkeit für interne Konflikte und den teils kontingenten Verlauf der Bewegung nicht gerade erhöht. In der sozialen Bewegungsforschung bleibt der Ansatz Karpantschofs und Mikkelsens, historische Rekonstruktion von Protesten mit der Suche nach ihren Wirkungsdynamiken auf der Grundlage einer Regressionsanalyse zu verbinden, auch aus diesem Grunde weiterhin umstritten. Meines Erachtens gelingt es hier nicht, die Spannung zwischen einer offenen Erzählung und der Fra-

ge nach „objektiven“, verallgemeinerbaren Wirkungsmechanismen von Protestbewegungen aufzulösen.

Dabei ist der Überblick über die Geschichte des Hauses, den Karpantschof und Mikkelsen geben, sehr interessant, mit dem Ursprung als Kulturzentrum der Arbeiterbewegung um die vorletzte Jahrhundertwende, dem langen Verfall zur Zeit der Krise der innenstädtischen Arbeiterviertel um circa 1960 bis hin zum kulturellen und politischen „Herzstück“ der BZ-Bewegung der 1980er Jahre. Im narrativen Teil der Analyse finden sich Hinweise darauf, dass die BZ-Bewegung nur im Zusammenhang mit anderen Sozialprotesten und insbesondere auch der autonomen und antiimperialistischen Szene Kopenhagens gesehen werden kann; so verweisen Karpantschof und Mikkelsen auf die Solidaritätsbewegung mit dem ANC in Südafrika, die Kommunikation mit BesetzerInnen aus anderen Ländern, die Solidarität mit den Gefangenen der RAF sowie die Proteste gegen die Integration Dänemarks ins Maastricht-Abkommen und die damit verbundenen Schüsse, die Zivilpolizisten im Jahre 1993 auf Demonstrierende abgaben (S. 33 f.). An all diesen Punkten wird deutlich, dass sowohl die Themenwahl als auch die Kommunikationsformen der Szene seit der Existenz des Ungdomshuset, also seit der ersten Hälfte der 1980er Jahre, stark transnational geprägt waren, und es wird in Karpantschofs Text auch – kurz – auf die wichtige Rolle hingewiesen, die die transnationale Solidarität gegen die Räumung in der kritischsten Phase der Proteste im Winter 2006/2007 hatte.

Allerdings wird dies nicht weiter ausgeführt, und auch im Rest des Buches erscheint die Protestbewegung als – im engeren Sinne – dänisch (auch der Anteil beziehungsweise die Abwesenheit der MigrantInnen wird nicht oder nur allzu oberflächlich thematisiert). An dieser Stelle zeigt sich im Grunde, dass der transnationale Bezug der autonomen Bewegung Kopenhagens in den 1980er Jahren ziemlich stark gewesen sein mag, der des Buches allerdings enttäuschend schwach ist. So findet sich dort auch kein Beitrag über die Konstitution und die Dynamik der transnationalen Solidarität, die aller-

dings auch immer stärker abnahm und in Kopenhagen selbst für immer unwesentlicher gehalten wurde, je näher die Perspektive rückte, ein neues Haus eröffnen zu können.

Die weiteren Texte des Sammelbandes widmen sich ebenso detailliert wie aufschlussreich Fragen nach dem Verlauf sowie nach den Artikulations- und Kommunikationsformen der Bewegung. So rekonstruiert beispielsweise Bo M. Andersen die Geschichte des Verkaufs des Hauses an die Sekte Faderhus um das Jahr 2000 und das juristische Tauziehen danach, wobei hier zumindest indirekt die Bedeutung der explodierenden Immobilienpreise thematisiert wird. Marie Holt Richter zeichnet die Debatte um das Ungdomshuset in Kopenhagens Stadtparlament nach und beleuchtet dabei die sich signifikant wandelnde Sprache sowie die Zuschreibungen, mit denen das Ungdomshuset und die autonome Szene bedacht wurden. In beiden Artikeln wird bilanziert, dass die NutzerInnen des Hauses im Parlament nicht nur von der rechten Opposition zunehmend als „gefährlich“ dargestellt wurden, während die Polizei ihnen fast durchgehend Kooperationsbereitschaft bescheinigte (S. 117). Am Ende übernahmen die NutzerInnen das im Parlament gängige Klischee und nutzten es als eine Art „Abwertungskit“: „Haus zu verkaufen, zusammen mit 500 Gewaltpsychopathen aus der Hölle!“ (S. 113)

Dass die dänische Polizei trotz der (bei der Räumung fast tödlichen) Nutzung modernster Technik und trotz relativ neuer repressiver Sondergesetze nie in der Lage war, die größte Jugendbewegung der jüngeren dänischen Geschichte unter Kontrolle zu bekommen, ist auch deshalb überraschend, weil die Analyse von Asta S. Nielsen zeigt, wie asymmetrisch die dänischen Medien berichteten: Die Polizei hatte hier, neben den Mainstream-Politikern, mit Abstand die lauteste Stimme. Der Anteil der Redezeit der Aktivistinnen und Aktivisten tendierte hingegen die meiste Zeit gegen Null (S. 160). Dies zeigt zugleich, wie bedeutend die Konstruktion anderer Formen der Öffentlichkeit war. Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang die ausführliche Analyse der mit SMS-Ketten verbundenen Inhalte und Strategien. Sie waren, wie Ulrik S. Kohl

darstellt, besonders in den Tagen nach der Räumung ein extrem wichtiges Medium der Bewegungsöffentlichkeit. Kohl rekonstruiert auch, in welcher Sprache hier kommuniziert wurde, was die AktivistInnen bewegte, und wie sich dies alles im Verlauf der Bewegung veränderte: „Ein SMS kann Dich zum 69er machen“, heißt es auf Seite 213: ein Satz, in dem der überraschend lange Zeit fließende und unkontrollierbare Charakter der Proteste zum Ausdruck kommt. Das geht auch aus Nikolaj Villumsens Beitrag über die Bewegung-als-Netzwerk hervor. Allerdings schildert Kohl auch die Beweglichkeit der Polizei, die schon während des Konflikts begriff, dass sie dieses Netz kontrollieren muss, indem sie gegen einzelne Knotenpunkte vorgeht (was später auch erreicht wurde), war doch die Strategie einer breiten Repression und Abschreckung, etwa mittels Massenverhaftungen, im Jahre 2007 grandios gescheitert, wie René Karpantschov in einem weiteren Beitrag ausführlich schildert.

Schließlich widmen sich zwei Artikel den subjektiven Mustern sowie den Erfahrungen, die auch nach dem Ende der Bewegung von Bedeutung bleiben. Wie die AktivistInnen Freundschaften und soziale Netzwerke sowie das sich schnell entwickelnde politische Umfeld zwischen 2006 und 2008 wahrnahmen, schildert Kia Ditlevsen anhand von ethnographisch angelegten Interviews mit einer Handvoll Beteiligten. Hier stellen sich Fragen nach dem Politisierungsprozess und der Entgrenzung der politischen Arbeit, die solch eine Bewegung auch mit sich bringt, sowie nach der Transformation von Identitäten (ein von Tina Wilchen Christensen thematisierter Aspekt).

Karpantschovs und Lindbloms Sammelband ist sicherlich die wichtigste der zahlreichen dänischen Text- und Filmveröffentlichungen zu einer der bedeutendsten nordeuropäischen Jugendbewegungen der letzten Jahrzehnte. Das Buch bietet einige Überraschungen, vor allem aber eine sehr ausführliche und facettenreiche, sowohl quantitative als auch qualitative Analyse der Bewegung selbst. Deutlich wird, wie stark der Impuls zur umfassenden Aneignung des Stadtraums 2006/2007, auf dem Höhepunkt des Immobilienbooms, in

Kopenhagen war und wie klar letztlich in diesem Zusammenhang vor allem der Protest gegenüber der immer stärker betriebenen Inwertsetzung von Räumen artikuliert wurde. Damit sind auch schon die Grenzen des Ansatzes angesprochen, denn genau diese Frage wird nicht systematisch gestellt. Die Bewegung der 2000er Jahre wächst im Bild, das das Buch zeichnet, aus der Bewegung der 1980er heraus. Dass sich die Arbeits- und Lebensverhältnisse der 2006/2007 beteiligten Generationen stark verändert hatten, dass es sich in dem umkämpften Quartier um das Auge des Zyklons handelte, in dem Gentrifizierung in Kopenhagen sichtbar wird, dass zugleich der Verlauf der Bewegung zeigte, dass die Bezugnahme auf die Commons der „ganzen Stadt“ zwar außerordentlich nahe lag, aber fast nicht stattfand – das alles kommt im Buch nicht vor. Und das, obwohl zeitgleich mit der Ungdomshuset-Bewegung in ganz Dänemark außerordentlich starke Proteste gegen die Sozialpolitik der Regierung und die Sparmaßnahmen der Kommunen stattfanden, mit wilden Streiks im Pflegebereich und anderswo, an denen sich insgesamt Hunderttausende beteiligten.

Dass eine Bezugnahme der Proteste auf diese Situation zwar punktuell versucht wurde, letztlich aber marginal blieb, spiegelt wieder, dass diese „Marginalität des Ganzen“ letztlich auch die Bewegung selbst kennzeichnete. Versuche der Kopenhagener radikalen Linken, nach den Kämpfen um das Ungdomshuset eine breitere Palette von Themen aufzugreifen, vor allem in der Kampagne gegen das Sandholm-Flüchtlingslager und in der Solidarität mit den gegen ihre Abschiebung kämpfenden Menschen in der Brosons-Kirche, war mit dem urbanen Alltag zu wenig verbunden, um den Zerfall der Bewegung zu verhindern.

Dass das neue, als Ersatz für das Ungdomshuset erhaltene Haus mitten in der Peripherie liegt, in einem Viertel, welches den nahezu höchsten MigrantInnen-, Erwerbslosen- und Armenanteil Dänemarks aufweist, gehört schon zur Nachgeschichte dieser Begrenzung, mit der sich der Band nicht befasst. Aus dem örtlichen Kontext der sozialen Bewegungen auf Nørrebro herausgerissen, hat das

neue Haus – außer in der nicht unwichtigen Form einer Art autonomen Sozialarbeit – bislang so gut wie keinen Beitrag dazu leisten können, dass die (sub-)urbanen Klassenverhältnisse stärker in den Fokus der (sub-)kulturellen Szene gerückt werden: Es ist einfach zu weit entfernt.

Christoph Twickels Essay über die „Recht auf Stadt“-Bewegung in Hamburg kämpft mit einer ähnlich schrägen Psychogeographie. Was der Autor als „die ganze Stadt“ kennzeichnet, ist in der Tat leicht fußläufig zu erreichen. Würde man sich die Mühe machen, die Anteile bestimmter Straßenzüge und Quartiere an Twickels Text zu ermitteln, dann würden Altona Nord und St. Pauli Süd plus das Schanzenviertel und das Karoviertel das Rennen machen. Der Rest der Stadt, mit immerhin über hundert Stadtteilen, bleibt sozusagen unter der Fünf-Prozent-Hürde. Aber Ausgangspunkt ist eben das „Gentrifidingsbums“, das hier im Grunde recht abstrakt als ein Prozess verstanden wird, der sich modellhaft sichtbar etwa im „Brauhausquartier“ und gegenüber den Hafenstraße-Häusern in St. Pauli abspielt. Es ist dies zwar ein spektakulärer und sozial sehr polarisierter, zugleich aber nicht unbedingt sehr „exemplarischer“ Ort. Vor allem, was die dort produzierbaren und produzierten Öffentlichkeiten und die Geschichte der Aneignung urbaner Räume betrifft, ist St. Pauli Süd sicher viel einfacher mit Nørrebro zu vergleichen als etwa mit den Hamburger Stadtteilen Farmsen, Steilshoop oder Osdorfer Born.

Passend zu diesem geographischen Fokus steht bei Twickel die Einbindung der „kreativen Klasse“ im Mittelpunkt. Dabei bleibt immer klar, als was sich der kollektive Ich-Erzähler versteht. Am Anfang des Buches wird gefragt: „Wie soll man etwas bekämpfen, was man doch selbst produziert?“ So wird eine einschließende Figur entworfen, eine Identitätskonstruktion. Zu uns spricht hier nicht „irgendwer“, sondern ein Aktivist-Journalist. Dagegen spricht nichts, nur dass sich andere soziale Figuren – „alleinerziehende Mütter“, „Migranten“, „Hartz IV-Empfänger“, „Studenten“ – nicht ebenso eigenständig und autonom durch den Text bewegen: Sie sind ohne

oder jedenfalls ohne abweichende und besondere Interessen. Letztlich dienen hier die Subalternen dem Subkulturellen nur als Illustration.

Aber man muss dem Autor bei aller Skepsis gegenüber der allzu pauschalen Frage, wie man das bekämpft, was man produziert, zugleich unbedingt attestieren, dass er sie sehr schlüssig und anhand seiner eigenen (wichtigen) Erfahrungen und Initiativen *beantwortet*. Twickel betont, wie stark die Verweigerung, die im Manifest „Not in our name, Marke Hamburg“ formuliert wurde, den Diskurs in der veröffentlichten Meinung Hamburgs beeinflusst hat. Und dabei ist sehr wichtig, dass es dort auch um eine grundsätzliche und intelligente Kritik an der unternehmerischen Stadt und ihrem Marketing ging. Diese an Projekten wie der HafenCity festgemachte Kritik gilt der Standortlogik, durch die die postindustriellen „Cluster“ und die Hafenwirtschaft in Hamburg von Prinzen zu Kaisern gemacht werden – es war ursprünglich ein sozialdemokratischer Politikentwurf und bleibt deshalb auch unter der seit Neuestem regierenden SPD aktuell.

Twickel weist weiter darauf hin, dass das Manifest von über 5.000 Leuten unterzeichnet wurde – also nicht alleine eine Sache „der Künstler“ sei (S. 106). Das mag abstrakt richtig sein. Allerdings bleibt die Frage, was genau sich durch eine Internet-Unterschriften-Liste wirklich messen lässt – zumal der Erfolg des Manifests in Hamburg wohl eher den Widersprüchen zu verdanken war, in die sich die grün-neoliberale Politik der Instrumentalisierung der „Kreativen“ hineinmanövriert hatte. Tatsächlich zählten nicht so sehr die Unterschriften als solche, sondern eher ihre überraschend positive Aufnahme durch die Springer-Presse.

Eine andere – und ebenso eindrucksvolle – Antwort auf die Frage nach der Rolle der „Kreativen“ wurde durch die Besetzung des Gängeviertels im August 2009 gegeben. In der sehr schönen Darstellung dieser Geschichte setzt Twickel Standards, ab Seite 89 ergänzt um ein Interview, in dem einige der AktivistInnen des Viertels die Ambivalenzen, Hoffnungen und Spannungen ihres Projekts

reflektieren. Betont wird dort, wie heterogen und vielfältig die ungefähr 200 Beteiligten in Wirklichkeit agierten, was auch durch die Aufzählung ihrer „Berufsbilder“ auf Seite 82 bestätigt wird. Ein Höhepunkt des Buches und ein Ausblick auf die in Manifest und Besetzung möglicherweise schlummernden Perspektiven ist schließlich das Interview mit dem Künstler Christoph Schäfer, der die „wachsende Stadt mit Projekten umstellen“ will (S. 24).

Die meisten anderen Initiativen, die die „Recht auf Stadt“-Bewegung in Hamburg ausmachen, werden allerdings nur kursorisch geschildert. Insgesamt wird der soziale Ort von „Recht auf Stadt“ so zumindest implizit auf die etwas triste Erkenntnis gebracht, dass dieser Ort immer nur dort ist, wo „wir“ uns aufhalten. Um etwas gegen diese Tristesse zu unternehmen, hätte Twickel vielleicht einfach eine Spur verfolgen können, die er selbst am Anfang des Buches gelegt hat. Dort wird von „Inès aus Santiago de Cuba“ erzählt, die „mein Mitbewohner bei einer seiner zahlreichen Radtouren auf der Karibikinsel“ kennengelernt hatte (S. 9). „Inès“ versucht sich in Hamburg als An- und Verkäuferin durchzuschlagen. Twickel benutzt ihre Geschichte um zu erzählen, dass es neben der strahlenden Ökonomie der „wachsenden Stadt“ andere selbstorganisierte Logiken gibt, die städtische Räume ebenso stark prägen. „Von oben“ werde diese Prägung jedoch lediglich als „Verfall“ wahrgenommen. Die Straßen, auf denen sich diese Menschen bewegen, würden in der Konsequenz als „gefährliche Orte“ zum Verschwinden gebracht. So richtig wie diese Feststellung ist – sie wird im Buch fallengelassen, als „Inès“ „uns“ und Hamburg auf Seite 13 wieder verlässt. „Inès“ entpuppt sich somit als Bild (oder vielmehr als eine Illustration), das hier lediglich für einen Rest stehen darf, eine Figur, die bei ihrem Auftreten schon die Koffer packt. Diese Figur mit der Geschichte einer temporären Migration zu verbinden, liegt nahe, über die Konsequenzen könnte aber etwas kritischer nachgedacht werden: Denn was soll aus dieser „temporären“ Autonomie denn werden, und was aus diesen „gefährlichen Straßen“, kurz: Wie werden

sich die *armen Leute* durch die Stadt bewegen, und was ist ihre Politik?

Solche Fragen tauchen nicht auf. So ähnelt die Perspektive im Grunde der jener Beiträge in Karpantschofs / Lindbloms Buch, die ebenfalls vor allem von einer Bewegungs-Phänomenologie ausgehen, von etwas, das sich *positiv* entfaltet aber offenbar keinen Überschuss und keine tiefer und weiter gehenden Konflikte produzieren kann. Wie sich schließlich der Autor selbst in dem bewegt, was er auf Seite 15 „prekäres Habitat“ nennt, wird in der Folge auf seine persönliche *Indignation* über die bekanntermaßen stets wachsende soziale Ungleichheit reduziert.

Auch insofern bleibt die Aussicht, die die „Laptop-Proletarier aller Städte“ am Ende des Buches von ihren Cafés aus genießen, stark verstellt. Eine Auseinandersetzung mit der „ganzen Stadt“, einschließlich der etwas weniger spektakulären und unter Umständen nicht ganz einfachen Seiten ihrer „verdichteten Unterschiedlichkeiten“, findet jedenfalls in diesem Text nicht statt. Selbst Konflikte, die in „Recht auf Stadt“ durchaus verhandelt wurden – von Protesten gegen die Austeritätspolitik der Regierung im Herbst bis hin zu Protesten gegen die Verhältnisse in Armutsvierteln – bleiben randständig. Die von Twickel formulierte Hoffnung auf die Aneignung einer Vielzahl weiterer städtischer Räume klingt so – allen starken Worten zum Trotz – letztlich sehr vage.

Peter Birke

Sandro Mezzadra / Andrea Fumagalli (Hg.), Die Krise denken: Finanzmärkte, soziale Kämpfe und neue politische Szenarien, Unrast: Münster 2010. 176 Seiten. € 14,00

Mit dem Buch *Die Krise denken* werden der deutschen Linken die neuesten Debatten des italienischen Postoperaismus vorgestellt. Dabei handelt es sich um eine kohärente Interpretation der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, das heißt ihrer Ursprünge, Ent-

wicklungsformen und Bedeutung. Die überwiegend thesehaft vorgetragene Analyse lässt dabei den Interpretationsrahmen sowohl der klassischen als auch der neo-keynesianischen und der orthodox marxistischen Ökonomie weit hinter sich und führt somit die operaitische Tradition weiter. Das ist einerseits erfreulich, andererseits werden aber auch die Schwächen dieser Tradition übernommen. Denn die Beiträge zeugen zwar von Weitsicht sowie von einer grundlegend heterodoxen Interpretation der Marxschen Theorie, aber sie bleiben zugleich überwiegend sehr abstrakt. Die weitreichenden Behauptungen werden fast nirgends belegt. Vorschläge für eine linke Gegenstrategie bleiben so in der Luft hängen.

Zunächst zu den Stärken des Buches. Es handelt sich um eine kollektive Arbeit, die im Kontext der *Uni Nomade* entstanden ist und von einem Kollektiv rund um die Wiener Zeitschrift *Grundrisse* ausgezeichnet übersetzt wurde. Basis ist eine systematische und arbeitsteilig entwickelte Perspektive, aus der heraus vor allem neue Aspekte und Erfahrungen der aktuellen Krise beleuchtet werden sollen. Der Aufbau des Buches wird dem gerecht: Auf ein einleitendes Kapitel folgt eine Analyse von Christian Marazzi über „Die Gewalt des Finanzkapitalismus“, worin die Grundbegriffe und Grundgedanken eingeführt werden. Dann werden einzelne Aspekte der Krise diskutiert: Finanzialisierung, Wertgesetz, Governance und so weiter. Neben dem systematischen und kohärenten Aufbau ist eine weitere Stärke des Buches, dass neue Aspekte der Krise betont werden, wobei vor allem die Bedeutung der „Externalitäten“ in der Produktion des urbanen Raumes sowie der damit verbundene Ausgangspunkt der Krise im Crash des Immobilienmarktes immer wieder hervorgehoben werden.

Das Autorenkollektiv ist sich darüber einig, dass es sich aktuell nicht mehr um eine klassische Akkumulationskrise handelt. „Was wir erleben, ist ein neuer Typ von Krise“, erklären die Autoren (S. 19). Denn es handelt sich hier um eine Krise, „die als Folge eines historischen Umbruchs und eines neuen sozio-ökonomischen Paradigmas“ entstanden ist (S. 149). Grundlegende Voraussetzung

der heutigen Situation ist die Entstehung einer neuen Art des Kapitalismus, den man, jedenfalls nach Auffassung der Autoren, auch als Biokapitalismus definieren kann. Im Grunde handelt es sich also um eine Kulmination von Entwicklungen, die in Texten von Negri, Virno und anderen schon länger konstatiert und diskutiert werden: Die „immaterielle Arbeit“ wird hegemonial, die lebendige Arbeit und die Wertschöpfung werden entzweit, die Arbeitszeit entgrenzt, die Fabrik wird zersplittert und auf das Territorium verteilt, Arbeit und Einkommen werden entkoppelt.

Die Mastererzählung über die Entwicklungen, die zur aktuellen Krise geführt haben, geht so: Um die Krise des fordistischen Kapitalismus zu überwinden, hat sich das Kapital in Finanzkapital verwandelt (S. 36 f.). Insofern als dieses Finanzkapital grenzenlos um den Globus jagen kann, werden neue Märkte erschlossen, was die Akkumulation erneuert. Dabei werden aber auch die Unterklassen einbezogen, indem ihnen Möglichkeiten gegeben werden, sich (neu) zu verschulden, während gleichzeitig der Druck auf die Löhne wächst. Auf dieser Grundlage (Schulden und sinkende Löhne) findet eine (relative) Entkopplung von Arbeit und Einkommen statt. (In diesem Kontext wird mehrmals hervorgehoben, dass „die Finanzmärkte die Rolle der Sozialversicherung (ohne jede Garantie) übernommen haben“ – S. 67.) Das Finanzkapital akkumuliert auf diese Weise vor allem auf der Grundlage des Kredits und der Erwartung einer *zukünftigen* Verwertung, die Krise wird verzögert und tritt dann zunächst als Immobilienkrise auf (S. 38 ff., 99 ff.).

Dabei verändert sich auch die Form der Arbeit. Zwar bleibt die Herstellung von materiellen Gütern nach wie vor wichtig (S. 21), aber die wichtigsten Modi der Arbeit werden nach und nach die Erfindung und die Verbesserung neuer Kommunikations- und Verkehrsmittel, die Welt der digitalen Schöpfungen, die affektive Arbeit, das Marketing, die Distribution, alles in allem Formen der „immateriellen“ Arbeit. Auf dieser Grundlage werden Arbeit und Einkommen weiter entkoppelt: Der Arbeitsplatz wird zunehmend räumlich flexibilisiert, für „kreative“ Arbeiter verschwindet die

Grenze zwischen Arbeitszeit und Freizeit. Aber vor allem basiert die Internet-Ökonomie (die das Modell abgibt) auf Produktions- und Entwicklungsketten, in denen „externes“ Wissen fremdangeeignet wird, das häufig gar nicht in Wert gesetzt ist oder erscheint (S. 45 ff., 118 ff., vor allem aber der Aufsatz von Tiziana Terranova, S. 129–146). Nach den Normen des Wertgesetzes ist immaterielle Arbeit deshalb nicht messbar. Und schließlich wird die Entkopplung von Arbeit und Entlohnung (und damit die sinkende Rolle der Lohnarbeit) auch dadurch weitergeführt, dass zum Beispiel Google seine Benutzer aufruft, ein Online-Übersetzungsprogramm zu verbessern oder internetsüchtige Jugendliche einander Internet-Werbung zuschicken.

Die neuen Formen der Kapitalakkumulation stoßen aber schnell an ihre Grenzen, wenn die Entkopplung von Arbeit und Einkommen und die daraus folgende Verschuldung der Arbeitenden an ihre Grenze stoßen, wodurch das Finanzkapital in seiner Entwicklung gehemmt wird (Schuldenkrise). Die heutige Krise ist schließlich auch dadurch gekennzeichnet, dass ein Konflikt zwischen den „alten“ (lokalen, nationalen und internationalen) juristischen und politischen Strukturen und der neuen Produktionsweise entstanden ist (S. 149 f.).

Soweit also zum Kern des Arguments. Das Buch ist eher ein Thesenpapier als eine tiefgehende und detaillierte Studie (die AutorInnen erklären im Vorwort auch ausdrücklich, dass das Buch als Anregung für weitere Diskussionen und Recherchen zu sehen ist). Das kann vielleicht die Tatsache erklären, dass Schwerpunkt der Beiträge ist, die innere Logik der oben skizzierten Erzählung zu entwickeln. Das führt allerdings dazu, dass hier eine radikal alternative Interpretation der Krise vorgeschlagen wird, ohne dass die wichtigsten Pfeiler der Argumentation empirisch begründet werden. Fast alle vorgelegten Texte beschränken sich darauf, mehr oder weniger neue Begriffe wie Slogans zu präsentieren. Die Sprache des Buches ist dadurch fast magisch realistisch. Zweifel an dieser in der postoperaistischen Debatte leider nicht seltenen Form sind nicht

nur erlaubt, sondern unter anderem in vorliegender Zeitschrift (und in anderen Zeitschriften, nicht nur im deutschen Sprachraum) bereits mehr als einmal formuliert worden. Dass wir heute im „Biokapitalismus“, im „kognitiven Kapitalismus“ leben, dass sich ein „Kommunismus des Kapitals“ zeigt und der „Profit zur Rente“ wird, das muss man in *Die Krise denken* vor allem erst einmal *glauben*.

Wenn dann doch einmal beispielhaft (meist sehr kurz) illustriert wird, dann sind diese Illustrationen oft sehr problematisch. Es mag zum Beispiel sein, dass die immaterielle Arbeit in der Tat nicht gemessen werden kann. Aber es gibt trotzdem Statistiken, die ein Bild von der Zahl der Menschen geben, die im tertiären Sektor beschäftigt sind. Auch existieren durchaus eindeutige Zahlen darüber, wie viel Geld die großen Konzerne ihren R&D-Abteilungen spendieren. Es ist also möglich, sich dem „Hegemon“ *immaterielle Arbeit* auch empirisch anzunähern. Dabei wäre es nicht zuletzt auch von Bedeutung, kritisch über die Frage nachzudenken, ob die Kategorie nicht arg vielköpfig ist, so dass beispielsweise Illegalisierte, migrantische Hausarbeit oder Altenpflege und die Marketingabteilung von McKinsey sozial nicht unbedingt in einem Boot sitzen. Dies fällt jedoch – unter anderem, weil in diesem Text Geschlechter nicht vorkommen und Klassenverhältnisse sehr pauschal begriffen werden – bis zur letzten Seite des Buches nicht weiter auf.

Ein bisschen mehr Genauigkeit wäre auch bei anderen Figuren wichtig, die übrigens nicht selten aus dem bürgerlichen soziologischen Diskurs übernommen werden. Wie zum Beispiel der *Prosumment*. Als Beispiel für die Einbeziehung der (Subjektivität von) Konsumenten in den Produktionsprozess wird erwähnt, dass IKEA-Möbel von Kunden zusammengeschraubt werden (S. 46). Nicht erwähnt wird, dass dies ein sehr „fordistisches“ Phänomen ist. IKEA betreibt dieses Konzept nun bereits seit den späten 1950er Jahren.

Die große Schwäche des Buches ist, dass es nicht empirisch, oft auch nicht konkret und nicht genau genug ist. Dort, wo es konkreter wird, wird es leider oft problematisch. Am Ende reduzieren sich die politischen Vorschläge, die aus der Analyse entwickelt werden,

mehr oder weniger auf die Forderung nach einem Grundeinkommen. Dies ist allerdings eine Forderung, die auch vor der Krise schon von denselben Autoren erhoben wurde. Es ist eine relativ enttäuschende Landung in einem Text, der sich selbst unter der Parole annonciert hat, dass „nichts mehr sein wird wie zuvor“.

Bart van der Steen

Sven Reichardt / Detlef Siegfried (Hg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Herausgegeben von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Band 47), Wallstein Verlag: Göttingen 2010. 509 Seiten. € 39,90

Was haben globale Entwicklungen wie der Strukturwandel der Weltwirtschaft in den Siebzigern, erste Energiekrisen, Umweltgefährdungen und Massenarbeitslosigkeit mit einem zunehmenden Wunsch nach Selbstverwirklichung und Individualität vieler damals junger Menschen zu tun? Eine ganze Menge, folgt man Sven Reichardt und Detlef Siegfried, den Herausgebern eines Sammelbandes über das „Alternative Milieu“ in der Bundesrepublik und Europa, der auf eine Kopenhagener Tagung vor drei Jahren zurückgeht. Aus Sicht der Autoren ist das von ihnen beschriebene Milieu keine politisch eindeutig fassbare Strömung, der Begriff umfasst vielmehr eher eine kulturelle Tendenz: „[Er] lenkt den Blick auf die Verhaltensmuster und Lebensrhythmen und thematisiert sowohl die materielle Lage, die Berufsstruktur, den konfessionellen oder ethnischen Hintergrund der Milieugehörigen als auch ihre Sprache und Kommunikationsformen, ihre sozialen Beziehungsformen und Interaktionen“ (S. 10 f.). Nicht politische Ausrichtungen der Linken im ausgehenden 20. Jahrhundert stehen hier auf dem Prüfstand. Der

Anspruch, „die Gesellschaft als Ganzes zu verändern“ (S. 9), bemisst sich eher nach sogenannten weichen Faktoren wie veränderten Biografien, neuen Lebensstilen und einer zunehmenden Toleranz – also nach sogenannten postmaterialistischen Werten – denn nach empirisch messbaren politischen Erfolgen oder Misserfolgen. Obwohl von den Beteiligten meist nicht intendiert, finden sich in der neoliberalen Gesellschaft Versatzstücke alternativer Arbeits- und Lebensweisen, wie etwa Arbeit im und Orientierung am „Projekt“: „In Projekten sollte die Trennung von Arbeit, Freizeit, politischem Engagement und Privatleben ebenso aufgehoben werden wie die Trennung von Hand- und Kopfarbeit“ (S. 9). Allein schon deshalb ist es interessant, einen Blick zurück in die Zeiten alternativer Betriebe, alternativer Medien und alternativer Lebenszusammenhänge zu werfen, zumal sich die Frage stellt, wer hier wen kopiert oder beeinflusst hat: die alternative Subkultur den kapitalistischen Mainstream oder umgekehrt?

Dabei stellt sich zunächst die Frage, wann die Epoche begonnen hat, von der hier die Rede ist. Reichardt und Siegfried reklamieren in ihrer Einleitung für das alternative Milieu, die „Realisierung autonomer Lebensformen“ (S. 23) gegenüber den dominanten Formen der Vergesellschaftung, wie sie etwa in der historischen Arbeiterbewegung galten, propagiert zu haben. Man kann diesen Einschnitt allerdings auch wesentlich früher anzusetzen, nämlich Anfang der Sechziger: Denn gerade diese notwendige Abgrenzung gegenüber dogmatisch erstarrten Institutionen sowohl der sozialistisch-kommunistischen als auch der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war ein zentrales Element der Entstehung der Neuen Linken, vor allem, wenn man sich dieselbe nicht nur im bundesdeutschen, sondern im westeuropäischen Maßstab ansieht. Dabei positionierte sich diese Neue Linke allerdings in Theorie und Praxis völlig anders als die spätere Alternativbewegung, die wiederum selbst eine Reaktion auf den Intellektualismus, die hohen Ansprüche und nicht zuletzt auch die massiven Repressionserfahrungen im sozialdemokratischen Sicherheitsstaat darstellte.

Andere der insgesamt 21 Autorinnen und Autoren des vorliegenden Sammelbandes präzisieren die vorgeschlagene Eingrenzung des Forschungsgegenstandes: Dieter Rucht terminiert die Blütezeit des alternativen Milieus in der Spanne zwischen dem Berliner Tunix-Kongress 1978 beziehungsweise dem sogenannten Heißen Herbst 1977 und dem Anfang der 1980er Jahre. Wo Rucht die Bedeutung dieser Phase hervorhebt, bezieht er sich auf die sogenannte Zwei-Kulturen-Debatte. Vom damaligen Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz angestoßen – mit deutlichen Anleihen an den italienischen marxistischen Literaturwissenschaftler Alberto Asor Rosa – entzündete sich eine Auseinandersetzung um die Frage, ob eine sich subkulturell orientierende Linke und die Mehrheitsgesellschaft sich immer weiter voneinander entfernen. Vor dem Hintergrund des Heißen Herbstes 1977 und der damit verbundenen Repressionswelle bekam diese Befürchtung eine schärfere politische Note. Aus Sicht des Sozialdemokraten drohte, dass der Weg in den bewaffneten Kampf von einem größeren Teil der Linken beschritten würde. Während die Glotz-Debatte aus heutiger Sicht wohl eher als Ausdruck der Angst vor dem Bedeutungsverlust der SPD als integrativem Faktor der Bundesrepublik zu sehen ist, formuliert Rucht die Gegenthese: „Unabhängig von der stark zeitgebundenen, etwa zwischen 1978 und 1982 kulminierenden Besorgnis über die sozial desintegrativen Effekte des Alternativmilieus vertrete ich die These, dass dieses Milieu ein politisch und kulturell bedeutendes Phänomen war, das, entgegen der Intention vieler seiner Aktivisten, keineswegs destabilisierende Effekte hatte“ (S. 63). Mit dieser These bezieht sich Rucht auf „Langzeitwirkungen“, die die Bedeutung des Alternativen Milieus aus seiner Sicht ausmachten: der unmittelbare Einfluss auf die Sozialisation der beteiligten Akteure, die politische Durchsetzung postmaterialistischer Werte, die Akzeptanz subkultureller Lebensstile, die Etablierung eines neuen Umwelt- und Konsumbewusstseins sowie veränderte Formen und Inhalte der Sozial- und Stadtentwicklungspolitik.

Darüber hinaus habe sich auch ein „flexibler“ Umgang der etablierten Politik mit Minderheiten und Opposition entwickelt – so lange nicht die Grundfeste der kapitalistischen Produktionsweise in Frage gestellt wurden, möchte man hinzufügen. Denn soziale Bewegungen, die sich Eigentums- oder Verteilungsfragen widmen, spüren den wenig flexiblen und deutlich repressiven Arm institutioneller Politik bis heute. Freia Anders verdeutlicht das am Beispiel der Konflikte um Hausbesetzungen Anfang der Achtziger, einem Ursprung der autonomen Bewegung. Eine Bewegung, die sich im Übrigen in scharfer Abgrenzung zum alternativen Milieu konstituierte und insofern nicht widerspruchlos eingemeindet werden sollte.

Einflüsse anderer Art thematisieren Manuela Bojadžijev und Massimo Perinelli in ihrem Beitrag über „Migrantische Lebenswelten in der Bundesrepublik in den siebziger Jahren“. Sie weisen nach, dass Migrantinnen und Migranten – in der damaligen Terminologie „Gastarbeiter“ – nicht nur Objekte linker Politik waren, sondern dass die Alternativbewegung nachhaltig durch migrantische Gruppen, Aktions- und Lebensformen beeinflusst wurde. Seien es die *Lotta Continua*-Gruppen in der Bundesrepublik in den Sechzigern, die den Operaismus der deutschen Linken nahebrachten, seien es die sozialen Zentren der Gastarbeiter mit ihrer „Verquickung von politischen Kämpfen und lebensweltlichen Bezügen“ (S. 138); solche Initiativen existierten lange bevor sich die Alternativbewegung daran machte, Anleihen an migrantischer Ökonomie und migrantischer Alltagsorganisation vorzunehmen. Dies ist wichtig zu bemerken, wenn man sich fragt, welche Akteure es genau waren, die die steife und starre postnazistische Gesellschaft der frühen Bundesrepublik auflockerten.

Während der aktive Part linker Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik lange Zeit kaum gewürdigt wurde, gab es hingegen einen regen Bezug auf internationale Konflikte und Befreiungsbewegungen in nahezu allen Teilen der Erde; und sei es auch nur in der Wahl des eigenen Urlaubsortes. Die Beiträge von Wil-

fried Mausbach und Anja Bertsch beschäftigen sich mit dieser Thematik. Kein anderer internationaler Konflikt verweist indes so sehr auf die inneren Widersprüche der deutschsprachigen Linken wie der zwischen Israel und der arabischen Welt. Bei kaum einer anderen Auseinandersetzung fühlen sich bundesdeutsche Linke dazu aufgerufen, Stellungnahmen mit historischen Bezügen zum Nationalsozialismus abzugeben, wie Knud Andresen in seiner Auseinandersetzung mit dem linken Antisemitismus analysiert. Auch an dieser Stelle zeigt sich die Fragwürdigkeit des Zusammenwürfeln Neuer Linker, der 68er- und der Alternativbewegung. Denn im Laufe der Jahre veränderten sich die Analysen des Nationalsozialismus und die Bezüge auf die Politik des Staates Israel völlig. Während spätestens seit 1967 von einem sekundären Antisemitismus innerhalb der bundesdeutschen Linken gesprochen werden kann, der zu einem nahezu unkritischen Bezug auf palästinensische Gruppen führte, kam es in der Alternativbewegung Ende der Siebziger zu einem Wandel. Andresen kann dies empirisch an der Debatte um die Fernsehserie „Holocaust“ festmachen, die 1979 auch in linksalternativen Medien geführt wurde. Im Gegensatz zu den bislang vorherrschenden abstrakten Faschismusanalysen, die das Thema Judenverfolgung aussparten, rückte nun „die praktische Seite des Völkermordes“ (S. 158), wie es Detlev Claussen damals beschrieb, in den Mittelpunkt. Ende der Siebziger konnten insbesondere deutsch-jüdische Intellektuelle diese neue Offenheit nutzen, um den linken Antisemitismus zu thematisieren: „Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verschob sich in Richtung der Opferbetonung und weg von ökonomistischen und materialistischen Erklärungsansätzen“ (S. 164).

Eine zentrale Bedeutung sprechen die Herausgeber der Alternativpresse zu. Gemessen daran kann ein einzelner Beitrag dieses Thema nicht hinreichend aufarbeiten, zumal Anja Schwanhäuser die literarisch-popkulturell orientierte Undergroundpresse analysiert. Diese ähnelte der späteren politischen Alternativpresse zwar in ästhetischer Hinsicht – wobei viele ihrer Impulse in der Tat erst

in den 1980er Jahren durch die Autonomen aufgegriffen wurden – hatte jedoch politisch kaum etwas zu den Themen des alternativen Milieus zu sagen. Ebenso fraglich ist, ob der März-Verlag, mit dem beziehungsweise mit dessen Verleger Jörg Schröder sich Elizabeth Heinemann beschäftigt, tatsächlich als der zentrale Verlag der Alternativen gelten kann. Erhellender wäre hier sicher eine Auseinandersetzung mit der linken Verlags- und Buchladenlandschaft in ihrer Gesamtheit gewesen, etwa dem Verband des linken Buchhandels. Bei Heinemann steht das Verlagsprogramm von März allerdings auch gar nicht im Mittelpunkt, es geht maßgeblich um die Pornofilmproduktion des Verlegers unter dem Label Olympia Press, in die Inhalte der Neuen Linken von Reich bis Marcuse eingeflossen seien und mit denen das politische Verlagsprogramm finanziert worden sei. Auch hier taucht das Problem der unklaren zeitlichen Eingrenzung auf: Die analysierten Pornofilme wurden 1971/72 produziert. Im alternativen Milieu, das eher Ende der Siebziger anzusiedeln ist, hätte sich Jörg Schröder mit diesen Filmen nicht mehr positionieren können, zumal sich feministische Positionen mehr und mehr durchsetzten, wie etwa Ilse Lenz oder Belinda Davis zeigen. Da es aktuell kaum akademische Forschung zur Rolle der Alternativpresse und zu den linken Verlagen gibt, ist die Leerstelle in vorliegendem Sammelband nachvollziehbar. Bedauerlich ist sie allerdings vor dem Hintergrund, dass die alternativen Medien, so die Herausgeber in der Einleitung, „die kollektive Identität und Milieukultur“ (S. 21) des alternativen Milieus überhaupt erst hergestellt haben und somit auch einen reichen Schatz an historischen Dokumenten für die geschichtliche Forschung darstellen.

Sven Steinacker beschäftigt sich mit einem Bereich, in dem die Auswirkungen alternativer Politik- und Lebensvorstellungen mehr als deutlich zu verzeichnen sind: der Sozialarbeit. Der Beitrag ist einer der wenigen, die sich dezidiert mit einem konkreten Berufsfeld auseinandersetzen. Wobei auch hier wieder anzumerken ist, dass die Ursprünge kritischer Sozialarbeit auf die Neue Linke zurückgehen und diese nicht zwangsläufig unter „alternativ“ zu subsumieren

sind. Auf der Grundlage von Steinackers Analyse lässt sich das Verhältnis zwischen verwirklichten Forderungen und nicht intendierten Langzeitfolgen diskutieren. Im Mittelpunkt kritischer Sozialarbeit stand die Heimerziehung: „Insbesondere die Einrichtungen der geschlossenen Jugendfürsorge galten vielen AktivistInnen [...] als Paradebeispiele für eine unterdrückende Schwarze Pädagogik und die kaum zu kaschierende Misere des Fürsorgesystems“ (S. 359). Steinacker macht drei Hauptmotive des Engagements linker Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus: Sie wollten erstens die Jugendhilfe nach antiautoritären, emanzipativen und koedukativen Prinzipien verändern. Sie drängten zweitens auf eine Neubewertung der Sozialarbeit, wobei ihre Rolle als Herrschaftsinstrument im sozialdemokratischen Sicherheitsstaat analysiert werden sollte. Und schließlich standen drittens die Ideen der Selbstorganisation und der Selbstverwaltung bei der Gründung eigener Projekte im Mittelpunkt. Reformdruck wurde letztendlich vor allem durch diese eigenen Gegeninstitutionen erzeugt. Die kritische Sozialarbeit steht somit für den Anspruch der Alternativbewegung, gesellschaftliche Teilhabe und Demokratisierung in allen Lebensbereichen durchzusetzen.

Wer in dem Sammelband Beiträge über die Alternativökonomie oder die Entwicklung alternativer Betriebe sucht, wird leider nicht fündig. Ebenso ist die im Untertitel eingeführte europäische Perspektive nur ansatzweise präsent. Insbesondere die nicht vorhandene Beschäftigung mit Italien hinterlässt eine Lücke, da doch zum Beispiel die westdeutsche Debatte über die „zwei Kulturen“ – alternatives Milieu und bürgerliche Gesellschaft –, wie sie Dieter Rucht in seinem Beitrag anspricht, maßgeblich durch italienische Erfahrungen und Diskussionen angeleitet wurde.

Insgesamt gilt, dass politische Konflikte und Zuspitzungen in der Perspektive der Milieuforschung eine nachrangige Rolle spielen – obwohl man die Geschichte der Entwicklung der radikalen Linien von 1968 bis in die Achtziger auch auf dieser Grundlage erzählen könnte. Brüche, Wandlungen und Veränderungen in den Frage-

stellungen und politischen Zielen würden so deutlicher zu Tage treten. Allerdings eröffnet die Perspektive der Milieuforschung einen wesentlich größeren Horizont und schützt somit vor einem verkürzten Politikbegriff. Dennoch: Etwas mehr Politik und Ökonomie würde auch diesem Ansatz gut anstehen. Denn die Zeiten, als die Beschäftigung mit Kultur als explizit politischer Kategorie noch mühsam gegen einen platten Ökonomismus durchgesetzt werden musste, sind vorbei.

Gottfried Oy